

**Landesbildungskonferenz der GEW Thüringen
„Welche Bildung muss sich Thüringen leisten?“ am 13.03.2004**

Fazit Forum 5:

Finanzierung von Bildungsfreistellung – Lebenslanges Lernen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe?

*Referenten: Volker Guthörl, Arbeitskammer des Saarlandes
Roman Jaich, Berlin*

Moderation: Julika Bürgin, DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.

Im Forum „**Finanzierung von Bildungsfreistellung – Lebenslanges Lernen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe?**“ ging es vor allem um die Möglichkeiten und Chancen eines Bildungsfreistellungsgesetzes. Thüringen ist eines der wenigen Bundesländer, das kein Bildungsfreistellungsgesetz (Bildungsurlaubsgesetz) besitzt. Daher hatten sich die Forumsteilnehmer/innen Sachverständigen von der Arbeitskammer des Saarlandes geholt. Volker Guthörl vom dortigen Bereich Bildungs- und Wissenschaftspolitik berichtete von den saarländischen Erfahrungen mit dieser Möglichkeit der Freistellung. Auch, wenn (im Saarland) „nur“ zwischen 1,5 und 5 % der ArbeitnehmerInnen jährlich einen Bildungsurlaub nehmen, so werden durch die Multiplikator/innen-Wirkung wesentlich mehr Menschen durch Angebote der Bildungsfreistellung erreicht. Leider gibt es seit der Regierungsübernahme durch die CDU auch im Saarland, so u.a. größere Hürden für Mitarbeiter/innen kleinerer Unternehmen.

Bildungsfreistellungsangebote können viele Facetten des Lebens in einem demokratischen Staat umfassen, z.B. Fragen der demokratischen Mitbestimmung und Mitwirkung und weitere Themen politischer Bildung, arbeitsweltbezogene Bildung oder Weiterbildung für die Ausübung eines Ehrenamtes. Fakt ist: Denkprozesse brauchen manchmal Ruhe und damit den mehrtätigen Ausstieg aus dem Alltag. Um diese Ruhe zu gewährleisten, ist Bildungsfreistellung – die bezahlte Freistellung für fünf Tage pro Jahr – eine gute Möglichkeit. Fakt ist aber auch: Bildungsfreistellung soll nicht (nur) der beruflichen Bildung dienen, bei dieser sind die Unternehmen gefragt.

Und während eine Thüringer Initiative für ein Bildungsfreistellungsgesetz im Freistaat noch immer für eine entsprechende gesetzliche Regelung kämpft, kämpfen die Saarländer gerade mit den Verschlechterungen in den Möglichkeiten durch eine Novellierung der dortigen CDU-Regierung. Leider.

Marlis Bremisch